



- Punkt 1.4 Information über die Eilentscheidungen des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses in besonderer Funktion (§ 30 a HKO) vom 20.04.2020, 04.05.2020 und 18.05.2020
- Punkt 1.4.1 Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft  
- Bestellung Abschlussprüfer 2019 - 2023  
Vorlage: 18-1593/1
- Punkt 1.4.2 Eigenbetrieb Neue Wege  
- Beauftragung Wirtschaftsprüfer 2019 - 2021  
Vorlage: 18-1599
- Punkt 1.4.3 Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung)  
- Erste Änderungssatzung  
Vorlage: 18-1624
- Punkt 1.4.4 Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung)  
- Ergänzungsvorschlag des Kreistagsvorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden zur Ersten Änderungssatzung  
Vorlage: 18-1624/1
- Punkt 1.4.5 ÖPNV / Schülerbeförderung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1644
- Punkt 1.4.6 Leistungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers  
- Finanzierung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1645
- Punkt 1.4.7 VRN - Finanzierung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1629
- Punkt 1.4.8 Leistungsfortzahlung an Caterer und Betreuungseinrichtungen während der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1647

### **Tagesordnung 2 (mit Aussprache)**

- Punkt 2.1 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße 2020 - 2025  
- Verwaltungsvorlagen  
- Anträge der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 30.05.2020  
- Ergänzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 24.06.2020  
- Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 24.06.2020 und Modifizierung vom 29.06.2020  
Vorlagen: 18-1584, 18-1584/1 bis 18-1584/4

- Punkt 2.2                      Bewerbung im Programm „Ökolandbau Modellregionen Hessen“ und Beitritt zur Ökolandbau Modellregion Süd  
Vorlage: 18-1630
- Punkt 2.3                      4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000  
- Beteiligung nach § 9 ROG in Verbindung mit § 4 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG)  
Vorlage: 18-1638
- Punkt 2.4                      Radschnellverbindung Darmstadt- Rhein-Neckar  
Vorlage: 18-1640
- Punkt 2.5                      Fortführung des Projekts zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Bergstraße - „Landpartie 2.0 für Medizinstudierende“  
Vorlage: 18-1666
- Punkt 2.6                      Generalsanierung und Erweiterung einer denkmalgeschützten Wohnanlage  
Vorlage: 18-1692
- Punkt 2.7                      Anträge zum Thema „Frauenhaus Kreis Bergstraße“
- Punkt 2.7.1                    Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.03.2020 zum Thema „Frauenhaus Kreis Bergstraße“ und modifizierter Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 29.06.2020 hierzu  
Vorlagen: 18-1623 und 18-1623/1
- Punkt 2.7.2                    Antrag der ALB-Fraktion vom 03.04.2020 auf Aufhebung des Sperrvermerks bei Produkt 3101 für Zuschussmittel an das Frauenhaus Bergstraße in Höhe von 80.000 €  
Vorlage: 18-1628
- Punkt 2.8                      Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.02.2020 betreffend Erstellung eines Konzeptes zur weiteren Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen im Kreis Bergstraße und Änderungsantrag vom 22.06.2020 hierzu  
Vorlagen: 18-1571 und 18-1571/1
- Punkt 2.9                      Anträge zum Thema „Finanzierung der Kosten der Corona-Krise“
- Punkt 2.9.1                    Antrag der FDP-Fraktion vom 04.06.2020 auf Verabschiedung einer Resolution zur Unterstützung der kommunalen Ebene während und nach der Corona-Krise  
Vorlage: 18-1701

Punkt 2.9.2                      Gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen und des Landrats vom 29.06.2020 betreffend Gebührenerhebung für in der Corona-Krise an Schulen und in der Kindertagespflege erbrachte Betreuungsangebote  
Vorlage: 18-1717

Punkt 2.10                      Verschiedenes

**Anwesende:**

**Vorsitzende:**

Hartmann, Karin, MdL	SPD	stellvertretende Kreistagsvorsitzende - Vorsitz außer zu ztw. TOP 2.1
Heitland, Birgit, MdL	CDU	stellvertretende Kreistagsvorsitzende - Vorsitz zu ztw. TOP 2.1

**CDU-Fraktion:**

Oehlenschläger, Volker	CDU	Fraktionsvorsitzender
Burelbach, Rainer	CDU	
Fera, Pia	CDU	
Freudenberger, Heinz-Dieter	CDU	
Galvagno, Lisa	CDU	
Heitland, Birgit, MdL	CDU	siehe auch Vorsitzende
Kempf, Bastian	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Kusicka, Felix	CDU	
Richter, Rolf	CDU	(ab ztw. TOP 1.1 anwesend)
Ringhof, Martin	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Schader, Barbara	CDU	
Schich-Kiefer, Ingrid	CDU	
Schönung, Christian	CDU	
Stephan, Peter	CDU	
Volkert, Torsten	CDU	

**SPD-Fraktion:**

Fiedler, Josef	SPD	Fraktionsvorsitzender
Baaß, Matthias	SPD	
Bersch, Rainer	SPD	
Dörsam, Andreas	SPD	
Hartmann, Karin, MdL	SPD	siehe auch Vorsitzende
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Klingler, Jens	SPD	
Pfeifer, Herold	SPD	
Schmidt, Marius	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	

**GRÜNE-Fraktion:**

Berg, Evelyn	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende
Ruoff, Jochen	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender
von Fumetti, Christoph	GRÜNE	
Groh, Anna-Lena	GRÜNE	
Sterzelmaier, Doris	GRÜNE	

**FDP-Fraktion:**

Hörst, Christopher	FDP	Fraktionsvorsitzender
Fischer, Tobias	FDP	
Dr. Habich, Holger	FDP	(ab ztw. TOP 1.1 anwesend)
Obermair, Michael	FDP	
Sürmann, Frank	FDP	
Vetter, Burkhard	FDP	(bis ztw. TOP 2.1 anwesend)

**AfD-Fraktion:**

Krause, Reinhard	AfD	Fraktionsvorsitzender
Horle, Margareta	AfD	
Kahnt, Rolf, MdL	AfD	
Schmidt, Peter	AfD	

**FREIE WÄHLER Fraktionsgemeinschaft:**

Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER	Fraktionsvorsitzender
Golzer, Norbert	FREIE WÄHLER	
Lindner, Myriam	FREIE WÄHLER	

**ALB-Fraktion:**

Elzer, Thomas	ALB	
Gathmann, Ingrid	ALB	

**Fraktion DIE LINKE.:**

Dr. Schwarz, Bruno	DIE LINKE.	(zu TOP 2.1 anwesend)
Bahl, Sascha	DIE LINKE.	(außer zu TOP 2.1 anwesend)

**Kreisausschuss:**

Engelhardt, Christian	Landrat
Stolz, Diana	Erste Kreisbeigeordnete
Krug, Karsten	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Buser, Volker	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Dechnig, Beate	ehrenamtliche Kreisbeigeordnete
Fabian, Thomas	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter (bis TOP 2.1 anwesend)
Klee, Heinz	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Dr. Schweidler, Hans Jürgen	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Szych, Karl Heinz	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Vock, Philipp-Otto	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Behrendt, Katharina	Abt. Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Lannert, Mathias	Abt. Finanzen und Controlling
Vettel, Christian	Revisionsamt
Simeth, Corinna	Abt. Grundsatz und Kreisentwicklung

Kaldschmidt, Andreas	Kaufm. Betriebsleiter des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Dr. Bunsch, Johannes	Abt. Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
von Falkenburg, Oliver	Abt. Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation (ztw. anwesend)

**Schriftführerinnen:**

Degenhardt, Nadja	Fachbereich Kreisgremien
Schüßler, Helene	Fachbereich Kreisgremien

Die stellvertretende Kreistagsvorsitzende, Frau Kreistagsabgeordnete Hartmann übernahm in Vertretung des bei der Sitzung abwesenden Kreistagsvorsitzenden den Vorsitz.

Sie eröffnete um 16:08 Uhr die 18-023. Sitzung des Kreistages des Kreises Bergstraße und begrüßte die Sitzungsteilnehmer, Pressevertreter und Zuschauer.

Besonders begrüßte sie den Bürgermeister der Stadt Bensheim als „Hausherrn“ der Weststadthalle, Herrn Kreistagsabgeordneten Rolf Richter, und den für das ausgeschiedene Mitglied Christiane Henrich in den Kreistag nachgerückten Kreistagsabgeordneten Sascha Bahl (DIE LINKE.).

Sie gratulierte Herrn Kreistagsabgeordneten Rainer Bersch zur erneuten Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Groß-Rohrheim am 15.03.2020.

Bei der Sitzung fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Hannelore Glab, Helmut Glanzner, Olaf Jünge, Anja Müller, Randoald Reinhardt, Herbert Röchner, Gottfried Schneider (alle CDU), Luciana Catalani-Wilhelm, Michael Helbig, Josef Rothmüller, Norbert Schmitt, Brigitte Staß, Lydia Winter (alle SPD), Heidi Bezzaz, Anne Metz-Denefleh, Manfred Schäffer (alle GRÜNE), Till Mansmann MdB (FDP), Hermann Blüm, Dr. Erwin Schuster (beide AfD), Veronika Zenker (FREIE WÄHLER) und Helmut Amrhein (ALB) sowie die Kreisbeigeordneten Fritz Götz, Roland von Hunnius, Herbert Mohler, Brigitte Sander und Rita Schramm. (Zur Verringerung des Infektionsrisikos in der aktuellen Pandemielage war im Kreistagspräsidium und im Kreisausschuss eine freiwillig reduzierte „Präsenz“ der Sitzungsteilnehmer vereinbart worden)

Die Vorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Einwendungen gegen die Ladung zur Sitzung wurden nicht erhoben.

Zur Behandlung von TOP 2.1 - Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2020-2025 - lag ein Antrag der FDP-Fraktion (Vorlage 18-1584/5) vor mit folgender Intention:

„Der Kreistag beschließt die Beschlussfassung über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße 2020-2025 auf die nächste Sitzung des Kreistags, spätestens die geplante Sitzung am 21. September 2020, zu verschieben.

Es soll bis dahin in einen eingehenderen Beratungsgang eingetreten werden, in dem sowohl Interessenvertreter mit abweichender Meinung, erneut Fachleute ihre Begründung für den vorliegenden Entwurf und vor allem die von geplanten Änderungen betroffenen Schulgemeinden und Kommunen zu Wort kommen können.“

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst als Vorsitzender der antragstellenden Fraktion äußerte Einwendungen gegen eine Behandlung des Antrags als Antrag zur Geschäftsordnung und nicht als Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage. Zur Klärung der Sachlage wurde die Sitzung kurz unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wurde über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt. Der Antrag wurde bei 16 Jastimmen mehrheitlich abgelehnt.

Von der FREIE WÄHLER-Fraktion wurde beantragt, die Behandlung von TOP 2.2 - Bewerbung im Programm "Ökolandbau Modellregionen Hessen" und Beitritt zur Ökolandbau Modellregion Süd - bis zur nächsten Sitzung des Kreistags zurückzustellen.

Herr Landrat Engelhardt gab Auskünfte zum Sachstand in der Angelegenheit.

Bei der anschließenden Abstimmung über den Antrag der FREIE WÄHLER wurde dieser bei 9 Jastimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung gab es keine.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

### **Tagesordnung 1 (ohne Aussprache)**

#### **Punkt 1.1: Mitteilungen des Kreisausschusses und des Landrats**

##### **Punkt 1.1.1: Aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: 18-1596**

Der Kreistag hat von der Vorlage 18-1596 Kenntnis genommen.

##### **Punkt 1.1.2: Mündliche Mitteilungen des Landrats zum Thema "Corona-Pandemie - Auswirkungen und Maßnahmen auf Kreisebene"**

Herr Landrat Engelhardt berichtete über

- die Entwicklung des Infektionsgeschehens weltweit und im Kreis,
- die Auswirkungen der Pandemie auf viele Lebensbereiche wie Schulen, Kitas, Unternehmen, Geschäfte etc.,
- die vorgenommenen organisatorischen Maßnahmen in der Kreisverwaltung,
- die Maßnahmen des Kreises zur Stützung von Vertragspartnern des Kreises sowie des Handwerks, der Gastronomiebetriebe und von Kulturangeboten im Kreis,
- die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen und dem Land Hessen,
- die bleibenden wirtschaftlichen Herausforderungen und Konsequenzen, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt.



**Punkt 1.2.5:** **Anfrage der AfD-Fraktion vom 02.06.2020 zu den Folgen und Konsequenzen der aus der Corona-Krise resultierenden verminderten Steuereinnahmen und vermehrten Ausgaben für den Kreishaushalt und Beantwortung hierzu**  
**Vorlagen: 18-1703 und 18-1703/1**

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Beantwortung der Anfrage Kenntnis genommen.

**Punkt 1.3:** **Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2020**  
**Vorlage: 18-1708**

Der Kreistag hat von der Vorlage 18-1708 und dem vorgelegten ersten Finanz- und Controllingbericht 2020 Kenntnis genommen.

Herr Kreisbeigeordneter Krug gab ergänzende Erläuterungen zum Finanzbericht.

**Punkt 1.4:** **Information über die Eilentscheidungen des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses in besonderer Funktion (§ 30 a HKO) vom 20.04.2020, 04.05.2020 und 18.05.2020**

Frau stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hartmann informierte über die jeweils im Umlaufverfahren gefassten Beschlüsse des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses in besonderer Funktion gem. § 30 a HKO (Eilentscheidung an Stelle des Kreistags) vom 20.04.2020, 04.05.2020 und 18.05.2020.

Der Kreistag hat von den nachfolgend bei den Unterpunkten 1.4.1 bis 1.4.8 aufgeführten Eilentscheidungen des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses Kenntnis genommen. Einwendungen oder Anmerkungen zu den Beschlüssen gab es keine.

**Punkt 1.4.1:** **Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft**  
**- Bestellung Abschlussprüfer 2019 - 2023**  
**Vorlage: 18-1593/1**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 20.04.2020 im Umlaufverfahren folgenden

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss in seiner besonderen Funktion gem. § 30 a HKO (Eilentscheidungsrecht an Stelle des Kreistages) beauftragt die Firma SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dreieich, mit der Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft für die Wirtschaftsjahre 2019-2023.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**Punkt 1.4.2:**                    **Eigenbetrieb Neue Wege  
- Beauftragung Wirtschaftsprüfer 2019 - 2021  
Vorlage: 18-1599**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 20.04.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt in seiner besonderen Funktion gem. § 30 a HKO (Eilentscheidungsrecht an Stelle des Kreistags), die Firma HRB Treuhand GmbH, Neu-Isenburg, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 mit der Option der Verlängerung der Prüfung für 2020 und 2021 zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**Punkt 1.4.3:**                    **Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von  
Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädi-  
gungssatzung)  
- Erste Änderungssatzung  
Vorlage: 18-1624**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 20.04.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt in seiner besonderen Funktion gemäß § 30 a HKO (Eilentscheidung an Stelle des Kreistags) die der Vorlage 18-1624 beigefügte erste Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung) vom 18.03.2019.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 10 Jastimmen bei einer Neinstimme beschlossen.

**Punkt 1.4.4:**                    **Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von  
Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädi-  
gungssatzung)  
- Ergänzungsvorschlag des Kreistagsvorsitzenden und  
der Fraktionsvorsitzenden zur Ersten Änderungssatzung  
Vorlage: 18-1624/1**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 20.04.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt in seiner besonderen Funktion gemäß § 30 a HKO (Eilentscheidung an Stelle des Kreistags) die der Vorlage 18-1624/1 beigefügte Ergänzung der §§ 1 und 5 in der ersten Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung) vom 18.03.2019, um jeweils einen Absatz 1a.

Die §§ 1 Absatz 1a und § 5 Absatz 1a treten rückwirkend zum 16. März 2020 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 9 Jastimmen bei einer Neinstimme und einer Stimmenthaltung beschlossen.

**Punkt 1.4.5: ÖPNV / Schülerbeförderung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1644**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 04.05.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst bis zu Beginn der hessischen Sommerferien am 06.07.2020, die entsprechenden Leistungen zu erbringen bzw. solche Kosten zu kompensieren, die dauerhaft / auch weiterhin während dieser Ausnahmesituation anfallen, nicht kurzfristig eingestellt oder nicht anderweitig gedeckt bzw. verringert werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**Punkt 1.4.6: Leistungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers - Finanzierung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1645**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 04.05.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst bis zu Beginn der hessischen Sommerferien am 06.07.2020, die entsprechenden Leistungen zu erbringen bzw. solche Kosten zu kompensieren, die dauerhaft / auch weiterhin während dieser Ausnahmesituation anfallen, nicht kurzfristig eingestellt oder nicht anderweitig gedeckt bzw. verringert werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**Punkt 1.4.7: VRN - Finanzierung im Rahmen der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1629**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 18.05.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst bis zu Beginn der hessischen Sommerferien am 06.07.2020, Leistungen an die VRN GmbH analog der bisherigen vertraglichen Festlegungen zu erbringen bzw. solche Kosten zu kompensieren, die dauerhaft/ auch weiterhin während dieser Ausnahmesituation anfallen, nicht kurzfristig eingestellt oder nicht anderweitig gedeckt bzw. verringert werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen.

**Punkt 1.4.8: Leistungsfortzahlung an Caterer und Betreuungseinrichtungen während der Corona-Pandemie  
Vorlage: 18-1647**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste als Eilentscheidung an Stelle des Kreistags gem. §30 a HKO am 18.05.2020 im Umlaufverfahren folgenden

**Beschluss:**

Die Betriebsleitung (des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft) wird beauftragt, zunächst bis zu Beginn der hessischen Sommerferien am 06.07.2020, die entsprechenden Leistungen zu erbringen bzw. solche Kosten zu kompensieren, die dauerhaft/ auch weiterhin während dieser Ausnahmesituation anfallen, nicht kurzfristig eingestellt oder nicht anderweitig gedeckt bzw. verringert werden können.

Die Zahlung soll unter dem Vorbehalt einer abschließenden Abrechnung / Rückzahlung erfolgen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass durch den Vertragspartner Ansprüche gegen Dritte (v.a. Versicherungen bzw. gegen das Land z. B. aufgrund des Infektionsschutzgesetzes) in Anspruch genommen werden können. Der Ausgleich durch den Schulträger erfolgt nachrangig gegenüber solchen Ansprüchen.

Elternbeiträge für Betreuungsleistungen, welche derzeit nicht erbracht werden, werden vom Kreis vorübergehend finanziert, soweit der Träger derzeit vorläufig auf die Erhebung der Beiträge verzichtet. Eine abschließende Entscheidung über die Erhebung von Gebühren / Beiträgen darf durch den Träger noch nicht getroffen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **Tagesordnung 2 (mit Aussprache)**

<b><u>Punkt 2.1:</u></b>	<b>Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße 2020 - 2025</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- <b>Verwaltungsvorlagen</b></li><li>- <b>Anträge der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 30.05.2020</b></li><li>- <b>Ergänzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 24.06.2020</b></li><li>- <b>Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 24.06.2020 und Modifizierung vom 29.06.2020</b></li></ul> <b>Vorlagen: 18-1584, 18-1584/1 bis 18-1584/4</b>
--------------------------	--

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes verließen die Kreistagsabgeordneten Frau Schader (CDU) und Herr Schönung (CDU) von sich aus den Sitzungsraum (§ 25 HGO – mögliche Interessenkollision als Bürgermeister der Städte Bürstadt und Lorsch, deren Stadtverordnetenversammlungen jeweils eine Resolution bezüglich ihrer Stadt als Schulstandort gefasst haben).

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, Herr Kreistagsabgeordneter Roeder, berichtete über das Ergebnis der Ausschussberatung am 26.06.2020.

Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Schwarz (DIE LINKE.) stellte sodann den Antrag auf Feststellung durch den Kreistag, dass bei den Kreistagsabgeordneten Frau Schader und Herr Schönung keine Befangenheit gem. § 25 HGO gegeben sei.

Herr Landrat Engelhardt und Herr Kreistagsabgeordneter Hörst (FDP) verwiesen auf die in diesem Fall relevanten Bestimmungen des § 25 HGO.

Der Antrag von Herrn Dr. Schwarz wurde bei Jastimme des Antragstellers sowie 4 Stimmenthaltungen mit den Neinstimmen der übrigen Kreistagsmitglieder abgelehnt.

Anschließend beantragte Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Schwarz die Feststellung durch den Kreistag, dass dann auch bei allen übrigen dem Kreistag angehörenden Mitgliedern von Verwaltungsorganen der kreisangehörigen Kommunen Befangenheit gem. § 25 HGO gegeben sei.

Zur Beratung über diesen Antrag verließen alle Kreistagsabgeordneten, die Verwaltungsorganen von kreisangehörigen Kommunen angehören, den Sitzungsraum.

Nach Erläuterung von Herrn Landrat Engelhardt zur anzuwendenden Regelung von § 25 Abs. 1 Satz 2 HGO für die Mitglieder von Verwaltungsorganen kreisangehöriger Kommunen unterbrach die Vorsitzende um 17:18 Uhr die Sitzung für eine Beratung des Kreistagspräsidiums.

Die Sitzung wurde um 17:23 Uhr fortgesetzt.

Die Vorsitzende teilte das Ergebnis der Beratung des Kreistagspräsidiums mit. Die Präsidiumsmitglieder hätten sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass über den Antrag von Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Schwarz auf Feststellung einer Interessenkollision gem. § 25 HGO bei allen Kreistagsmitgliedern, die Verwaltungsorganen von kreisangehörigen Kommunen angehören, nicht abzustimmen sei, da dieser als unzulässig einzustufen sei.

Herr Kreistagsabgeordneter Kahnt (AfD) berichtete anschließend über die Beratungen des Ausschusses für Schule und Soziales am 24.06.2020.

Herr Landrat Engelhardt ging auf einige Eckpunkte bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans ein.

Herr Kreistagsabgeordneter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER) begründete die drei Anträge seiner Fraktion (Vorlage 18-1584/1) und beantragte für diese getrennte Abstimmung.

Herr Kreistagsabgeordneter Ruoff (GRÜNE) begründete den in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 24.06.2020 eingebrachten und in der heutigen Sitzung in modifizierter Fassung vorgelegten Änderungsantrag (Vorlage 18-1584/3) sowie den ebenfalls in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 24.06.2020 eingebrachten Ergänzungsantrag seiner Fraktion (Vorlage 18-1584/4).

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Frau Galvagno (CDU), Herr Hörst (FDP), Herr Kahnt (AfD), Herr Fiedler (SPD), Herr Dr. Schwarz (DIE LINKE.), Herr Elzer (ALB), Frau Sterzelmaier (GRÜNE), Herr Richter (CDU) und Frau Lindner (FREIE WÄHLER).

Herr Hörst legte im Zuge eines weiteren Redebeitrags einen erneuten Antrag der FDP-Fraktion zur Geschäftsordnung vor, dass im Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage in Satz 1 am Satzende eingefügt wird: „...in der Sitzung des Kreistags am 21.09.2020 zu beschließen.“

Herr Landrat Engelhardt nahm zu einigen in den Redebeiträgen thematisierten Aspekten der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Stellung.

Bei den anschließenden Abstimmungen wurde zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion zur Geschäftsordnung abgestimmt; der Antrag wurde bei 16 Jastimmen mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Nachfolgend die Ergebnisse zu den weiteren (Änderungs-) Anträgen:

Anträge der FREIE WÄHLER-Fraktion (Vorlage 18-1584/1):

- Antrag 1 mit dem Wortlaut:

„Das seitherige Konzept der Kirchbergschule bleibt weiterhin gültig. Im Schulentwicklungsplan ist für die Kirchbergschule die Weiterführung von Förderstufe und Grundschule auszuweisen.“

wurde von den Antragstellern als erledigt angesehen und zurückgenommen;

- Antrag 2 mit dem Wortlaut:

„Der Schulstandort Lorsch wird um ein Gymnasium erweitert. Im Schulentwicklungsplan sind die erforderlichen Änderungen vorzunehmen.“

wurde bei 11 Jastimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt;

- Antrag 3 mit dem Wortlaut:

„Jedem Schüler ab der 4. Klasse wird ein digitales Endgerät (Laptop/Tablet) zur Verfügung gestellt.

- a. Die Geräte sollen zu Beginn des kommenden Schuljahres bereits zur Verfügung stehen.
- b. Kein Gerät soll älter als 3 Jahre sein.
- c. Die notwendigen Mittel dafür stellt der Kreis Bergstraße über den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft zur Verfügung, eventuelle Förderungen vom Land bzw. vom Bund, die später eingehen, werden gegengerechnet.“

wurde bei 5 Jastimmen und 10 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Der Ergänzungsantrag der GRÜNE-Fraktion (Vorlage 18-1584/4) mit dem Wortlaut:

„Neuer Punkt 1.2.2 (im Schulentwicklungsplan)

### **Nachhaltigkeit**

Die Weiterentwicklung der Schullandschaft im Kreis Bergstraße soll mit besonderem Augenmerk auf Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes erfolgen. Die Eindämmung des Klimawandels erkennt der Kreis Bergstraße als Aufgabe von höchster Priorität an. Dabei sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um die beschriebenen Ziele zu erreichen.“

wurde einstimmig bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Der modifizierte Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion (Vorlage 18-1584/3) mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag spricht sich für den Erhalt der Sprachförderschule in Bürstadt aus. Um betroffenen Kindern und Eltern aus dem Odenwald und der Bergstraße die Möglichkeit einer wohnortnäheren Beschulung zu geben, ist die Errichtung eines Sprachheilförderzentrums in Heppenheim von Vorteil und zu unterstützen. Grundsätzliches Ziel ist eine Beschulung von allen Schüler\*innen im Regelunterricht.“

wurde bei 16 Jastimmen mehrheitlich abgelehnt.

Auf Grundlage des Beschlussvorschlags der Verwaltungsvorlage 18-1584/2 und der beschlossenen Ergänzung fasste der Kreistag folgenden

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gemäß § 145 HSchG die vorliegende Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2020-2025 (Entwurfassung Stand 04.06.2020 einschließlich der in der Sitzung beschlossenen Ergänzung um einen neuen Punkt 1.2.2.).

Außerdem stimmt er, vorbehaltlich der Zustimmung der genehmigungspflichtigen Maßnahmen durch das Hessische Kultusministerium, gemäß § 146 HSchG der Umsetzung der genehmigungspflichtigen Maßnahmen zu.



### **Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die mit der Vorlage 18-1638 vorgelegte Stellungnahme zur Kenntnis und stimmt, unter Berücksichtigung der vorliegenden Anregungen und Hinweise, der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Der Kreistag nimmt darüber hinaus die schriftlich vorliegenden Stellungnahmen der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH sowie der bis dahin vorliegenden Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zur Kenntnis und empfiehlt, die Anregungen und Hinweise zu berücksichtigen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 3 Neinstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

### **Punkt 2.4: Radschnellverbindung Darmstadt- Rhein-Neckar Vorlage: 18-1640**

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes hatten die Kreistagsabgeordneten Herr Baaß (SPD), Frau Berg (GRÜNE), Herr Burelbach (CDU), Herr Golzer (FREIE WÄHLER), Herr Dr. Habich (FDP), Herr Kempf (CDU), Herr Richter (CDU) und Herr Roeder (CDU) von sich aus den Sitzungsraum verlassen (§ 25 HGO – mögliche Interessenkollision als Bürgermeister bzw. Stadträte der Städte Bensheim, Heppenheim, Viernheim und Zwingenberg, für die bei einer Beschlussfassung eine finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung der Radschnellverbindung verbunden ist).

Der Kreistag fasste unter Verzicht auf den Ausschussbericht und ohne Aussprache folgenden

### **Beschluss:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung im Rahmen einer Projektpartnerschaft zwischen der Stadt Darmstadt entlang der Städte und Gemeinden der Landkreise Darmstadt-Dieburg und Bergstraße mit Ziel Mannheim / Heidelberg, eine Radschnellverbindung für den hessischen Abschnitt zu entwickeln. Grundlage bildet hier die Machbarkeitsstudie der Radschnellverbindung Darmstadt – Rhein-Neckar von dem Büro R+T Verkehrsplanung.

Der Kreistag des Kreises Bergstraße beschließt, die notwendigen Haushaltsmittel für die Beauftragung eines Projektmanagements für Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung), sowie einer Projektkoordination mit jeweils einem Anteil von 15% zur Unterstützung der Kommunen, zur Verfügung zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 2.5:** **Fortführung des Projekts zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Bergstraße - "Landpartie 2.0 für Medizinstudierende"**  
**Vorlage: 18-1666**

Der Kreistag fasste unter Verzicht auf den Ausschussbericht und ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Bergstraße stimmt der Unterzeichnung der Folgevereinbarung über die Unterstützung bei der Umsetzung des Projekts „Landpartie 2.0 für Medizinstudierende im Landkreis Bergstraße“ in Zusammenarbeit mit der Goethe-Universität Frankfurt für den Zeitraum 05/2021 – 04/2025 zu und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen weiteren Schritte durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen.

**Punkt 2.6:** **Generalsanierung und Erweiterung einer denkmalgeschützten Wohnanlage**  
**Vorlage: 18-1692**

Der Kreistag fasste unter Verzicht auf den Ausschussbericht und ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Bergstraße beschließt die Generalsanierung des bestehenden denkmalgeschützten Gebäudeensembles und der Erweiterung des Ensembles um einen Verwaltungsneubau, zwecks Weiternutzung durch das Frauenhaus.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 2.7:** **Anträge zum Thema "Frauenhaus Kreis Bergstraße"**

**Punkt 2.7.1:** **Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.03.2020 zum Thema "Frauenhaus Kreis Bergstraße" und modifizierter Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 29.06.2020 hierzu**  
**Vorlagen: 18-1623 und 18-1623/1**

Ohne Aussprache stimmte der Kreistag zunächst dem in der Sitzung vorgelegten modifizierten Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion einstimmig bei einer Stimmenthaltung zu.

Auf Grundlage des Ursprungsantrags der Fraktionen von CDU und SPD (Ziffer 1) und unter Einbeziehung des beschlossenen Änderungsantrags der GRÜNE-Fraktion (Ziffer 2) fasste der Kreistag somit folgenden

### **Beschluss:**

1. Der Kreis Bergstraße übernimmt die Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle bei der Geschäftsführung des Vereins Frauenhaus Bergstraße e.V. mit jährlich 35.000 €.

Gleichzeitig wird die Umwidmung der mit Sperrvermerk gesicherten Mittel für den Bereich der Gewaltprävention zugunsten dieser Maßnahme beschlossen.

2. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, über die Präventionsarbeit des Frauenhauses in den 3 Beratungsstellen einen Bericht vorzulegen.

Dieser soll bei den Haushaltsberatungen als Entscheidungsgrundlage dienen, wie bei auslaufenden Landesfördermitteln die Präventionsarbeit auch über 2020 hinaus erhalten werden kann.

Dabei soll die Frage erörtert werden, ob die aktuelle Personalstärke ausreichend ist oder verändert werden muss.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 2.7.2: Antrag der ALB-Fraktion vom 03.04.2020 auf Aufhebung des Sperrvermerks bei Produkt 3101 für Zuschussmittel an das Frauenhaus Bergstraße in Höhe von 80.000 €  
Vorlage: 18-1628**

Der Antrag der ALB-Fraktion mit dem Wortlaut:

„Der Sperrvermerk für den Zuschuss in Höhe von € 80.000 für das Frauenhaus Bergstraße wird aufgehoben.“

wurde von den Antragstellern zurückgenommen.

**Punkt 2.8: Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.02.2020 betreffend Erstellung eines Konzeptes zur weiteren Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen im Kreis Bergstraße und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.06.2020 hierzu  
Vorlage: 18-1571**

Der Kreistag fasste auf Grundlage des Änderungsantrags der Fraktionen von CDU und SPD unter Verzicht auf den Ausschussbericht und ohne Aussprache folgenden

## **Beschluss:**

Der Kreisausschuss erstellt ein Konzept zur weiteren Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen im Kreis Bergstraße, welches an der Lebenswelt der jungen Menschen in den Gemeinden und Städten ansetzt.

Die gegenwärtigen Aktivitäten im Bereich der außerschulischen politischen Bildung im Kreis Bergstraße, auch die der Kommunen, sind die Ausgangsgrundlage. Es geht u.a. um Angebote zur Demokratiebildung in Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule oder auch weiteren Trägern.

Das Konzept ist dem Ausschuss für Schule und Soziales bis zum 04.11.2020 vorzulegen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 2 Neinstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

### **Punkt 2.9: Anträge zum Thema "Finanzierung der Kosten der Corona-Krise"**

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 2.9 verließen die Kreistagsabgeordneten Herr Oehlenschläger (CDU) und Herr Ruoff (GRÜNE) von sich aus den Sitzungsraum (§ 25 HGO – mögliche Interessenkollision als Vorsitzender bzw. Geschäftsführer des Vereins KuBuS e.V., als einem der beauftragten Träger von Kinderbetreuungsangeboten).

### **Punkt 2.9.1: Antrag der FDP-Fraktion vom 04.06.2020 auf Verabschiedung einer Resolution zur Unterstützung der kommunalen Ebene während und nach der Corona-Krise Vorlage: 18-1701**

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution mit dem Wortlaut:

#### **„R E S O L U T I O N zur Unterstützung der kommunalen Ebene während und nach der Corona-Krise**

Aufgrund der Corona-Krise sinken u.a. die Gewerbesteuereinnahmen der kommunalen Ebene dramatisch. U.a. auch diese Einnahmen werden dringend benötigt, um das öffentliche Leben in den Gemeinden, den Städten und auch den Landkreisen zu finanzieren. Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der umsatzabhängigen Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von gut 12 Milliarden Euro für alle Kommunen zu rechnen ist. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialausgaben und Mindereinnahmen in anderen Bereichen. Diese erheblichen Steuermindereinnahmen setzen die kommunale Ebene massiv unter Druck und gefährden die Finanzierung wichtiger Aufgaben. Einzig auf Sparprogramme zum jetzigen Zeitpunkt zu setzen, ist ökonomisch fragwürdig und würde eine Wiederbelebung der Wirtschaft erschweren. Zudem würden wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Länder die kommunale Ebene unterstützen und entlasten. Es gilt, die Handlungsfähigkeit der Kommunen und des Kreises Bergstraße in der Krise zu sichern! Es gilt, einen sprunghaften Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden! Es gilt, die Investitionsfähigkeit in und nach der Krise zu sichern!

Der Kreistag des Kreises Bergstraße fordert daher den Landrat und den Kreisausschuss auf, auf die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung einzuwirken, die corona- und verordnungsbedingten Einnahmeausfälle zu ersetzen bzw. zu kompensieren.“

wurde von den Antragstellern unter Hinweis auf die Vorlage eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen zurückgenommen.

**Punkt 2.9.2:                    Gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen und des Landrats betreffend Gebührenerhebung für in der Corona-Krise an Schulen und in der Kindertagespflege erbrachte Betreuungsangebote  
Vorlage: 18-1717**

In der Sitzung wurden ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen und ein Ergänzungsantrag des Landrats vorgelegt.

Wie von Herrn Kreistagsabgeordneten Hörst (FDP) vorgeschlagen, wurden der gemeinsame Antrag aller Fraktionen und der Ergänzungsantrag des Landrats zu einem Antrag zusammengefasst.

Herr Landrat Engelhardt wies auf eine vorzunehmende Ergänzung in Ziffer 2, vorletzter Satz, seines Ergänzungsantrages hin. Am Satzende sei der Halbsatz einzufügen „...allerdings mit der zeitlichen Einschränkung bis zur Aufhebung des Betreuungsverbots durch den Ordnungsgeber.“

Auf Grundlage des gemeinsamen Antrags aller Fraktionen (Ziffer 1 bis 3 und 7) sowie des ergänzten Ergänzungsantrags des Landrats (Ziffer 4 bis 6) fasste der Kreistag folgenden

**Beschluss:**

1. Für die aufgrund der Corona-Pandemie durch Verordnungen des Landes eingeschränkten Betreuungsangebote für Kinder und Schüler im Bereich der Tagespflege und der Schulkindbetreuung im Kreis sind die Eltern grundsätzlich von der Pflicht zur Zahlung einer Betreuungsgebühr bzw. eines -entgelts frei zu stellen, soweit sie diese Angebote nicht nutzen durften bzw. im Fall der möglichen Notbetreuung nicht genutzt haben. Diese Freistellung gilt für die Schulkindbetreuung weiterhin, soweit und solange die Einschränkung fortbesteht. Die Verwaltung veranlasst die kostenfreie Erstattung bereits eingezogener oder überwiesener Gebühren
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den Trägern der Schulkindbetreuungsangebote die Umsetzung der Freistellung von der Gebühr zu regeln. Der Kreis übernimmt hierbei maximal den Anteil der fehlenden Elterngebühren.

3. Es gilt hierbei der Grundsatz, dass alle Eltern gleichzustellen sind, unabhängig von der Frage, ob sie Notbetreuung in Anspruch nehmen konnten. Für den Zeitraum, in welcher die Notbetreuung unter Beteiligung der Träger der Schulkindbetreuung ohne Entgelt erfolgt, ist die Betreuung der übrigen Kinder ebenfalls ohne Entgelt.

Konkret bedeutet dies:

4. Der Kreistag beschließt, alle auf der Grundlage der Vorlagen Nrn. 18-1629, 18-1644, 18-1645 und 18-1647 während der Corona-Ausnahmesituation bis zum 06.07.20 erbrachten Leistungen/Kompensationen final zu genehmigen.

5. Der Kreistag beschließt, im Rahmen der Liquiditätssicherung (18-1647) die zeitan- teiligen Elternbeiträge ab dem 16.03.2020 bis zum Ende des Schuljahres 2020 (31.07.2020) zu übernehmen, unabhängig ob eine Betreuung durch die beauftragten Träger in dieser Zeit stattgefunden hat oder nicht.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die jeweiligen Träger sicherstellen, dass die betroffenen Kinder bis spätestens 31.07.2020 für die Schulkindbetreuung im kommen- den Schuljahr (2020/2021) angemeldet sind.

Der Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wird beauftragt, mit den Trägern der Schulkindbetreuungsangebote die Umsetzung der Freistellung von der Gebühr zu re- geln. Hiervon sind auch Cateringkosten umfasst. Es wird maximal der Anteil der feh- lenden Elterngebühren, mindestens der tatsächlich nachzuweisende Fehlbetrag über- nommen. Eine taggenaue Abrechnung hat zu erfolgen.

Die Caterer erhalten, gemäß der im April 2020 vorgelegten Fixkosten, ab dem 16.03.2020 bis zum Ende des Schuljahres 2020 (31.07.2020), eine Liquiditätssiche- rung i. H. v. 1/3 der zeitanteiligen vorgelegten Fixkosten.

Es gilt hierbei der Grundsatz, dass alle Eltern gleichzustellen sind, unabhängig von der Frage, ob sie Notbetreuung in Anspruch nehmen konnten. Für den Zeitraum, in wel- cher die Notbetreuung unter Beteiligung der Träger der Schulkindbetreuung ohne Ent- gelt erfolgt, ist die Betreuung der übrigen Kinder ebenfalls ohne Entgelt.

Der Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft hat die hierfür erforderlichen finanziel- len Mittel sicherzustellen.

Hinsichtlich der Elternbeiträge in der Kindertagespflege (18-1645) wird analog verfahr- en; allerdings mit der zeitlichen Einschränkung bis zur Aufhebung des Betreuungsver- bots durch den Ordnungsgeber. Hier erfolgt die operative Abwicklung durch das Ju- gendamt.

6. Der Kreistag beschließt darüber hinaus, die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen - im Falle von erneuten Corona-Pandemie-Wellen - alle erforderlichen Leistungen analog der bisherigen vertraglichen Festlegun- gen/Kompensationen, die dauerhaft/auch während dieser Ausnahmesituation anfallen, nicht kurzfristig eingestellt oder nicht anderweitig gedeckt bzw. verringert werden kön- nen, vorzunehmen.

7. Der Kreisausschuss wird beauftragt, über den hessischen Landkreistag eine Übernah- me des hierdurch entstehenden Aufwands durch das Land einzufordern.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

